

# STÄDTE- UND GEMEINDEBUND SACHSEN-ANHALT



SGSA, Postfach 4009, 39015 Magdeburg

Per E-Mail an die

1. Kreisfreien Städte
2. hauptamtlich verwalteten Städte- und Gemeinden
3. Verbandsgemeinden
4. Zweckverbände

im Städte- und Gemeindebund Sachsen-Anhalt

Städte- und Gemeindebund  
Sachsen-Anhalt (SGSA)  
- Landesgeschäftsstelle -  
Sternstraße 3, 39104 Magdeburg

Telefon: 0391 5924-300  
Telefax: 0391 5924-444

E-Mail: [post@sgsa.info](mailto:post@sgsa.info)  
Internet: [www.kommunales-sachsen-anhalt.de](http://www.kommunales-sachsen-anhalt.de)

Stadtsparkasse Magdeburg  
IBAN: DE56 8105 3272 0036 0029 00  
BIC/SWIFT: NOLADE21MDG

Auskunft erteilt: Frau Becker/Frau Grimm  
Durchwahl: 0391 5924-350/-340

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom

Unser Zeichen  
Le-he/kr

Datum  
08.04.2020

## **Aktuelle Nachrichten zum Thema Corona-Virus vom 08.04.2020**

Sehr geehrte Damen und Herren,

folgende aktuelle Informationen zum Thema „Corona-Virus“ übermitteln wir Ihnen:

### **I.**

#### **1. Umgang mit Corona – Kostenfreies Angebot zur Krisenkommunikation und Nachbarschaftshilfe durch die Internet-Plattform nebenan.de**

Nebenan.de ist ein internetbasiertes Netzwerk für Nachbarinnen und Nachbarn und dient der Vernetzung und gegenseitigen Hilfestellung innerhalb des eigenen Wohngebietes. Auch Städte können ihren Bürgerinnen und Bürgern über diese Plattform aktuelle Informationen zukommen lassen und mit ihnen in Austausch treten.

Während der Corona-Pandemie kann die Plattform von Städten kostenfrei zur Krisenkommunikation genutzt werden. Der Deutsche Städtetag ist Kooperationspartner der Internet-Plattform nebenan.de und hat auf die Angebote von nebenan.de aufmerksam gemacht.

Darüber hinaus wurde eine kostenfreie Hotline ins Leben gerufen, um die Bedarfe vor allem von älteren, weniger internetaffinen Menschen aufzunehmen und Hilfe aus der Nachbarschaft zu ermöglichen. Die Gesuche werden in einem geschützten Netzwerk nur adressverifizierten Nachbarinnen und Nachbarn angezeigt, die wiederum Kontakt zu den Hilfesuchenden aufnehmen können.

Informationen zu weiteren Aktionen sowie Pressematerial, Bilder und Aushänge stehen zur Verfügung unter: [www.nebenan.de](http://www.nebenan.de).



## 2. Kinder- und Jugendhilfe in der Corona-Krise

Die Covid-19-Pandemie und die Maßnahmen zu ihrer Eindämmung fordern die öffentliche und die freie Kinder- und Jugendhilfe stark heraus. Es gibt kaum ein Handlungsfeld, welches nicht eingeschränkt oder besonders beansprucht wird. Das Zusammenwirken, die Abstimmung und der direkte Austausch der Träger und Institutionen sind erschwert.

- Deshalb hat das Bundesfamilienministerium zusammen mit dem Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz, der Internationalen Gesellschaft für erzieherische Hilfen, dem Deutschen Institut für Jugendhilfe- und Familienrecht und der Universität Hildesheim die Kommunikations- und Transferplattform [www.forum-transfer.de](http://www.forum-transfer.de) aufgebaut. Die Plattform unterstützt die Fachkräfte der Kinder- und Jugendhilfe mit aktuellen Hinweisen, Empfehlungen und fachlich systematisierten Beispielen "guter Praxis", wie die Arbeitsfähigkeit der Kinder- und Jugendhilfe unter den Bedingungen der Corona-Pandemie gesichert und weiterentwickelt werden kann.

Ein zentrales Kennzeichen der Kinder- und Jugendhilfe ist, dass sie in all ihren Handlungsfeldern auf sozialen Kontakten und Interaktionen aufbaut. Von den Frühen Hilfen über die Kindertagesbetreuung, die Hilfen zur Erziehung, die Kinder- und Jugendarbeit und die Jugendsozialarbeit bis hin zum Kinderschutz erfolgt Erziehung, Beziehung, Beratung, Bildung, Hilfe und Schutz zumeist in unmittelbarem Kontakt mit Menschen. In der aktuellen Situation ist allerdings die Veränderung der Sozialkontakte der einzige wirksame Weg zur Eindämmung der Corona-Pandemie.

Die Kinder- und Jugendhilfe erfindet sich gerade neu. Sie eröffnet viele Wege, um junge Menschen und Familien weiter zu unterstützen und in Krisen zu intervenieren. Dabei entstehen an vielen Orten neue Ansätze und wertvolle Methoden, Verfahren und auch Richtlinien – vielfach digital, aber nicht nur. Darum bedarf es des Austausches und einer Plattform, in der die Fachkräfte ihre Ansätze vorstellen und präsentieren können. Nicht an jedem Ort muss alles neu erfunden werden.

- Darüber hinaus hat uns das Bundesfamilienministerium darüber informiert, dass derzeit mit der Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter Überlegungen angestellt werden, im Rahmen des vom BMFSFJ geförderten Projektes „Jugendämter stärken“, ein internes, geschütztes Diskussionsforum für Jugendämter bereitzustellen. Nähere Hinweise hierzu werden zeitnah erfolgen.
- Im Bundesprogramm "Fachkräfteoffensive für Erzieherinnen und Erzieher" wurde am 1. April die Lernplattform „Praxisanleitung digital" freigeschaltet. Damit können Fachkräfte aus den teilnehmenden Kitas die Zeit der Schließungen für ihre Weiterbildung nutzen. Das BMFSFJ prüft derzeit, ob das Angebot kurzfristig einem weiteren Kreis von Fachkräften zur Verfügung gestellt werden kann.
- Zusätzlich wird „Die Nummer gegen Kummer“ für Kinder und Jugendliche (Rufnummer 116 111) sowie für Eltern (Rufnummer 0800 111 0550) ausgebaut. Das Beratungsangebot des Elterntelefons wird von bisher 14 auf 44 Wochenstunden gesteigert. Die Erreichbarkeit des Kinder- und Jugendtelefons an sechs Tagen in der Woche ist gewährleistet. Das Angebot wird zusätzlich auf die Vormittagsstunden erweitert. Auch

die Chat- und Online-Beratung wird aufgestockt, damit eine Beantwortung der Anfragen in einem, maximal zwei Tagen gewährleistet ist.

### **3. Online-Angebot [www.freiwillige-helfen-jetzt.de](http://www.freiwillige-helfen-jetzt.de) des BMFSFJ gestartet**

Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey hat am 07.04.2020 das BMFSFJ-Online-Angebot [www.freiwillige-helfen-jetzt.de](http://www.freiwillige-helfen-jetzt.de) freigeschaltet. Die Online-Plattform will lokale und regionale Kontakte erleichtern zwischen Freiwilligendienstleistenden aus BFD, FSJ und FÖJ (Bundesfreiwilligendienst, Freiwilligem Sozialen Jahr und Freiwilligem Ökologischen Jahr), die im Moment nicht an ihren eigentlichen Einsatzorten tätig sein können, weil diese eingeschränkt oder geschlossen sind.

Wenn die Freiwilligen außerhalb ihrer eigentlichen Einsatzstelle helfen möchten, dann können sie das in gemeinwohlorientierten Einrichtungen, die aktuell jede hilfsbereite Hand willkommen heißen – sei es in kommunalen Bereichen, im öffentlichen Gesundheitswesen, in der Pflege oder bei den großen Lebensmittel-Verteilstellen der Tafeln. Es gibt unzählige kleine und große Tätigkeiten, bei denen die Zahl der Helferinnen und Helfer und die Flexibilität ihres Einsatzes ganz wesentlich darüber entscheiden, wie gut unser Land diese Tage und Wochen die Krise bewältigt.

Unser Land braucht gerade jetzt an vielen Stellen Hilfe und Unterstützung, es lebt derzeit langsamer, es arbeitet besonnener, aber es steht nicht still. Das gilt für kommunale Infrastrukturen und Einrichtungen ganz besonders. Ziel von [www.freiwillige-helfen-jetzt.de](http://www.freiwillige-helfen-jetzt.de) ist es, dass die Freiwilligen und ihre möglichen neuen Einsatzbereiche vor Ort durch eine lokale Vermittlung ihrer Online-Einträge möglichst einfach zusammenfinden.

Viele Einsatzstellen in den Freiwilligendiensten BFD, FSJ und FÖJ haben wegen der Corona-Pandemie derzeit ihren Betrieb stark eingeschränkt oder ganz geschlossen. Damit dies nicht zulasten der Freiwilligen geht, laufen die Zahlungen des Bundes für Taschengeld und Sozialversicherung grundsätzlich genauso weiter, als ob diese ihren Dienst regulär leisten würden. Gleichzeitig besteht bei vielen Freiwilligen der Wunsch, trotz der geschlossenen Einsatzstelle an anderer Stelle auszuhelfen.

Deshalb hat Bundesfamilienministerin Dr. Giffey eine Ausnahmeregelung in Kraft gesetzt, wonach Bundesfreiwilligendienstleistende, sofern sie das möchten, nicht nur in ihrer angestammten Einsatzstelle, sondern auch in einem sogenannten „erweiterten Einsatzbereich“ helfen dürfen. Zahlreiche Bundesländer sind für ihre Freiwilligendienste FSJ und FÖJ diesem Beispiel gefolgt. Der oberste Grundsatz ist und bleibt allerdings: Ein Freiwilligendienst muss unbedingt freiwillig sein. Und die Sicherheit aller Beteiligten hat immer Vorrang.

Gerade auch wichtige kommunale gemeinwohlorientierte Infrastrukturen und Einrichtungen können darüber Freiwillige für sich gewinnen und so vielleicht leichter die aktuellen Herausforderungen bewältigen.

## II.

### **Durchführung des Wohngeldgesetzes; Verwaltungsvereinfachungen aufgrund des Coronavirus SARS-CoV-2, u.a. Notfall-Festlegungen**

Das Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) hat mit Schreiben vom 06.04.2020 (**Anlage**) Hinweise zu Verwaltungsvereinfachungen aufgrund COVID-19-Pandemie (u. a. Notfall-Festlegungen) gegeben. Gerade aufgrund der Eindämmungsmaßnahmen können insbesondere Beschäftigte in Kurzarbeit und selbstständig tätige Personen erstmalig einen Wohngeldanspruch erwerben oder haben Anspruch auf höheres Wohngeld. Die beigefügten Vereinfachungen von Seiten des BMI für die Wohngeldbehörden und die Bürgerinnen und Bürger sollen bis auf Weiteres in den Fällen zur Anwendung kommen, in denen ein geregeltes Bearbeiten der Wohngeldanträge in den Wohngeldbehörden sehr eingeschränkt bzw. zeitweilig nicht mehr möglich ist. Die Bearbeitung von Wohngeldanträgen und die Auszahlung von Wohngeld stellen dem BMI zufolge hochprioritäre Aufgaben dar, die auch im Notfall von den Wohngeldbehörden unbedingt aufrechtzuerhalten sind. Es wird gebeten, dies in etwaige Notfallpläne aufzunehmen. In diesem Zusammenhang sind vorhandene Vertretungsregelungen zu aktualisieren, ggf. Vertretungen zu erweitern sowie geeignete pragmatische Lösungen zu finden.

## III.

### **Städtetag spricht mit Minister Altmaier**

Der Deutsche Städtetag teilt uns mit, dass am Dienstagabend (07.04.2020) zu den Auswirkungen der Corona-Pandemie ein Gespräch des engeren Präsidiums mit Bundeswirtschaftsminister Dr. Peter Altmaier als Videokonferenz stattgefunden hat. Schwerpunkte des Gesprächs waren der Zugang der kommunalen Unternehmen zum Rettungsschirm des Bundes, die Förderung der regionalen Wirtschaft und von systemrelevanten Unternehmen im Gesundheitsbereich sowie die Strategie und Schritte, um zur Normalität zurückzukehren.

DST-Präsident Burkhard Jung (Leipzig) führte aus, dass schon jetzt ganz erhebliche finanzielle Belastungen durch Einnahmeausfälle und Mehrausgaben in den Städten festzustellen seien. Er appellierte an den Minister, sich für einen gesonderten kommunalen Rettungsschirm einzusetzen. Weiterhin hob er die Bedeutung der kommunalen Unternehmen hervor, um Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort sicherzustellen. Jung machte deutlich, dass gerade die Städte die wichtigen Strukturen für die Gesellschaft aufrechterhalten. Diese dürften gerade in Krisenzeiten nicht wegbrechen.

Der Minister habe die große Bereitschaft des Bundes und das Ziel, umfassende und vernünftige Hilfsangebote für Unternehmen, Kleingewerbetreibende und Selbständige zu machen hervorgehoben. Er verwies aber ebenso auf finanzielle Handlungsspielräume und ein gewisses Augenmaß sowie auf die Rolle der Länder. In diesem Zusammenhang sprach der Minister das kommunale Altschuldenproblem an. Dessen Lösung dürfe nicht von der Tagesordnung verschwinden.

Der Minister bat darum, die finanzielle Belastungen der Städte und der kommunalen Unternehmen zu beziffern, um ein besseres Bild über die Lage zu bekommen. Er bat ebenso darum, die Fallgestaltungen zu konkretisieren, die bei den Hilfen durch den Rost fallen. Der Minister habe zugesichert, die besondere Problematik der Messestandorte im Blick zu behalten.

Die Beteiligten waren sich einig, sich viel stärker auf die regionale und lokale Beschaffung konzentrieren zu müssen. Systemrelevante Unternehmen im Gesundheitsbereich stehen dabei jetzt im Fokus. Es gebe in Deutschland einige Unternehmen, die eine Produktion medizinischer Hilfsmittel und Schutzkleidung jetzt anwerfen könnten. Bürokratische Hürden müssen abgebaut und Abnahmegarantien erklärt werden.

Das engere Präsidium des Deutschen Städtetages appellierte an den Minister, dafür Sorge zu tragen, dass die Beschaffung und Verteilung von Medikamenten, medizinischen Hilfsmitteln und Schutzkleidung in ausreichendem Maße sichergestellt wird. Zwischen den Beteiligten war unbestritten, dass die Gesundheit der Menschen jetzt höchste Priorität haben muss. Es braucht die geltenden Beschränkungen, um das Gesundheitssystem nicht unter Stress zu setzen. Wichtig sei aber auch, rechtzeitig Antworten zu finden zur Dauer der Maßnahmen und zu einer stufenweisen Rückkehr zur Normalität.

Als weitere **Anlage** übersenden wir Ihnen die Pressemitteilung des Deutschen Städtetages vom 04.04.2020: „Präsidium des Deutschen Städtetages zur Corona-Krise: Beschränkungen nicht zu früh lockern – Städte werben um Geduld – Appell an Bund zur Versorgung mit Atemschutzmasken“.

Mit freundlichen Grüßen



Jürgen Leindecker  
Landesgeschäftsführer

**Anlagen**